

Währungsreformen in der Tschechoslowakei

Eine Analyse der Komplikationen

von

Vit Styrsky

Währungsreformen sind mit sehr vielfältigen politökonomischen Prozessen verbunden. Nicht nur der Untersuchungsgegenstand als solcher bietet eine Bandbreite verschiedener Fallmöglichkeiten, sondern auch seine Durchführung und deren Folgen. Besonders der Zeitpunkt einer Währungsreform und die Komplikationen während ihrer Durchführung geben Auskunft über die Stabilität des jeweiligen politischen und ökonomischen Systems. Das politische System erweist sich als stabil, wenn die Währungsreform durch weite Teile der Bevölkerung akzeptiert wird, das ökonomische System wiederum dann, wenn keine Friktionen im Wirtschaftskreislauf entstehen.

Während des Bestehens der Tschechoslowakei gab es insgesamt drei zentrale Währungsreformen: 1919, 1953 und 1993. Die Reformen von 1919 und 1993 standen am Beginn beziehungsweise am Ende dieses Staates, während die Währungsreform von 1953 einen wichtigen Bestandteil der Einführung des sozialistischen Wirtschaftssystems darstellte. Diese drei Währungsreformen bilden insofern einen relativ homogenen Untersuchungsgegenstand, als ihre Ziele auf einer makroökonomischen Ebene einander ähnlich sind. Bei allen dreien handelte es sich um die Abspaltung des tschechoslowakischen beziehungsweise tschechischen Währungsgebietes von einem größeren. Während die Anlässe von 1919 und 1993 sofort ersichtlich sind¹, ist das 1953 abgespaltene Währungsgebiet nicht auf den ersten Blick erkennbar. Neben anderen Zielen dieser Reform, die noch zur Sprache kommen werden, ging es der kommunistischen Regierung 1953 darum, die Tschechoslowakei aus dem westlichen Wirtschaftssystem herauszulösen, indem sie die tschechoslowakische Krone vom US-Dollar abkoppelte und den Staat endgültig in den entstehenden sowjetisch dominierten Rat für gemeinsame Wirtschaftshilfe (RGW) eingliederte.

Forschungsstand und Quellenlage zu den Reformen erweisen sich als sehr unterschiedlich. Hinsichtlich der Währungsreform von 1919 dominieren vor allem autobiographische Werke.² Die Archivmaterialien des Finanzministeri-

¹ 1919 trennte sich die Tschechoslowakei vom zerfallenden österreichisch-ungarischen Währungssystem; 1993 liquidierten die Tschechische und die Slowakische Republik ihr gemeinsames Währungssystem im Rahmen der friedlichen Auflösung der Tschechoslowakei.

² Zu nennen wären ALOIS RAŠÍN: *Můj finanční plán* [Mein Finanzplan], Praha 1920, und DERS.: *Finanční hospodářská politika Československa do konce r. 1921* [Finanz- und Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei bis Ende 1921], Praha 1922, aber auch KAREL

ums³ sind hingegen nur ganz unvollständig erhalten. In den letzten zehn Jahren sind aber ausführliche übergreifende Darstellungen erschienen, die sich mit der Gründungszeit der Tschechoslowakei befassen und somit auch Bezug auf die Währungsreform von 1919 nehmen.⁴ Für die Analyse der Währungsreform von 1953 sind die archivalischen Quellen am ergiebigsten.⁵ Teilweise finden sie sich auch schon in Darstellungen, die nach 1990 erschienen sind, verarbeitet.⁶ Die Währungsreform von 1993 muß hingegen – bedingt durch

LEOPOLD: *Ze zákulisí příprav k osamostatnění měny* [Hinter den Kulissen der Vorbereitung zur Vervollständigung der Währung], in: *Almanach československého peněžnictví*, Praha 1928, S. 29–38, und VILÉM POSPÍŠIL: *Před desíti lety. K počátkům naší měnové úpravy* [Vor zehn Jahren. Zu den Anfängen unserer Währungskorrektur], ebenda, S. 23–28. Der subjektive Charakter dieser Darstellungen zeigt sich unter anderem daran, daß alle drei Autoren mehr oder weniger persönlich in die Währungsreform von 1919 involviert waren. Rašín, der damalige Finanzminister, kann als der Vater der Reform bezeichnet werden, während Leopold als Chefbeamter des Finanzministeriums zu den engen Mitarbeitern Rašíns gehörte. Pospíšil war als damaliger Bankdirektor der Městská Spořitelna gleichfalls in die Planung und Durchführung der Währungsreform einbezogen.

³ Státní Ústřední Archív Praha (SÚA), vereinzelt von Fonds MF (Ministerstvo Financí) kart. 142 bis Fonds MF kart. 571. Leider sind die Archivbestände des Finanzministeriums der frühen Tschechoslowakei nicht vollständig erhalten. Da die Währungsreform der absoluten Geheimhaltung unterlag und Rašín nur wenige Personen in die Planung einbezog, hat sie zudem nur sporadisch Eingang in die Akten des Finanzministeriums gefunden.

⁴ Siehe vor allem VLASTISLAV LACINA: *Formování československé ekonomiky 1918–1923* [Die Formierung der tschechoslowakischen Wirtschaft 1918–1923], Praha 1990, und JANA ŠETŘILOVÁ: *Alois Rašín. Dramatický život českého politika* [Alois Rašín. Das dramatische Leben eines tschechischen Politikers], Praha 1997. Lacina ist ein ausgezeichnete Kenner der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der frühen Tschechoslowakei, während Šetřilová sich in ihrer Dissertation mit dem Leben Rašíns auseinandersetzt. ALICE TEICHOVÁ: *Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918–1980*, Wien u.a. 1988, gibt einen Überblick über den größten Teil der tschechoslowakischen Geschichte und behandelt auch knapp die kommunistische Währungsreform von 1953.

⁵ Besonders ergiebig ist das Státní Ústřední Archív (SÚA) mit den Fonds Archív ÚV KSČ und Archív MV-N (Ministerstvo Vnitřní – sekretariát ministra Noska). Da das kommunistische System mit seinem gigantischen bürokratischen Apparat Unmengen von Material schriftlich festgehalten hat, läßt sich die Währungsreform von 1953 anhand der Archivbestände ausgezeichnet rekonstruieren.

⁶ Einen guten, wenn auch stark auf die Pilsener Ereignisse fokussierten Überblick bietet DANA MUSILOVÁ: *Měnová reforma 1953 a její sociální důsledky* [Die Währungsreform von 1953 und ihre sozialen Folgen], in: *Dokumenty o perzekuci a odporu* [Ustav pro soudobé dějiny], sv. 8, Praha 1994. ZDENĚK JIRÁSEK, JAROSLAV ŠŮLA: *Velká peněžní loupež v československu 1953 aneb 50:1* [Der große Geldraub in der Tschechoslowakei 1953 oder 50:1], Praha 1992 hingegen behandeln die Währungsreform sehr populärhistorisch und sind deswegen für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema nur begrenzt brauchbar. Das historische Umfeld dieser Zeit ist sehr gut durch eine Vielzahl von Publikationen des *Ústav pro soudobé dějiny Akademie Věd* erfaßt, wie beispielsweise KAREL KAPLAN: *Sociální souvislosti krizi komunistického režimu v letech 1953–57 a 1968–75* [Die sozialen Zusammenhänge der Krisen des kommunisti-

den kurzen zeitlichen Abstand – über die damalige Tages- und Wochenpresse erschlossen werden. Neben den Tageszeitungen, die sich teilweise recht ‚voreilig‘ äußern, basieren in einigen Fragen die Analysen des Journals von Radio Free Europe auf besseren Recherchen.⁷ Die wichtigsten Informationen liefert aber ein Artikel von Ladislav Prokop⁸, eines Akteurs der Währungsreform. In seinem Aufsatz beschreibt er detailliert ihre Entwicklung. Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Reformen kann bei derjenigen von 1993 jedoch noch nicht auf Archivmaterial zurückgegriffen werden, weil dieses noch einer Sperrfrist unterliegt.

Im vorliegenden Aufsatz möchte ich die Komplikationen, die mit den drei Reformen verbunden waren, vergleichen. Sich auf diese Komplikationen zu beschränken ist insofern legitim, als sich an ihnen am prägnantesten der Erfolg beziehungsweise Mißerfolg der Reformen, die sich im Prozeß teilweise gleichen, messen läßt. Außerdem läßt sich an der Art und dem Gewicht der Komplikationen der politische und wirtschaftliche Zustand des Landes ablesen.

In einem ersten Schritt werde ich die jeweilige Reform und ihren historischen Kontext darstellen. Dies ist um so wichtiger, als sich die Komplikationen in zeitlich bedingte und in solche, die durch den Prozeß determiniert sind, unterteilen lassen. Anhand der Komplikationen, welche durch den Prozeß determiniert sind, können Rückschlüsse auf die Stabilität des Staates und der Wirtschaft gezogen werden. Gemeinsamkeiten der drei Reformen wiederum lassen die allgemeine Struktur des Prozesses, der den Reformen zugrunde liegt, erkennen.

Rašínsche Währungsreform 1919

Im Zuge des Zerfalls der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie riefen tschechische Politiker am 28. Oktober 1918 die unabhängige Tschechisch-Slowakische Republik aus. Dieser neue Staat besaß aber zunächst weder definitiv festgelegte Grenzen noch ein intaktes Wirtschaftssystem. Während die Grenzziehung in den nachfolgenden Monaten im Friedensvertrag von St. Germain geregelt wurde, blieb die tschechoslowakische⁹ (Kriegs-)

schen Regimes in den Jahren 1953–57 und 1968–75], Praha 1993 (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny, H. 14).

⁷ JIŘÍ PEHE: The Czech-Slovak Currency Split, in: RFE/RL Research Report, Vol. 2, No. 10, München 1993, S. 27–35.

⁸ LADISLAV PROKOP: The Preparation and Course of Currency Separation, in: Prague Economic Papers 2 (Prague 1995), S. 174–191.

⁹ Obwohl die slowakische Wirtschaft im Rahmen des transleithanischen Wirtschaftssystems stärker mit derjenigen Ungarns verknüpft war, wurden die zentralen Entscheidungen wie die Einführung der Kriegswirtschaft oder die Geldpolitik in letzter Konsequenz in Wien gefällt. Die Slowakei fällt bei den Rahmenbedingungen der Reform insgesamt weniger ins Gewicht, weil Wien die wirtschaftliche Entwicklung Transleithaniens seit den 1890er Jahren immer stärker vernachlässigte.

Wirtschaft auf Wien ausgerichtet und wurde teilweise von dort aus gelenkt. Zu den vordringlichsten Problemen der neuen tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik gehörte deswegen die Erlangung der noch fehlenden Kontrolle über die Geldpolitik. Auch nach der Gründung der Tschechoslowakei war die österreichisch-ungarische Krone weiterhin gültiges Zahlungsmittel in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie geblieben; die Notenbank befand sich in Wien und somit außerhalb des Einflusses der tschechoslowakischen Regierung. Daher wurde auch die Tschechoslowakei in den inflationären Strudel hineingezogen, der während des Ersten Weltkrieges durch Wien in Gang gesetzt worden war, weil man versucht hatte, den Krieg durch Erhöhung der Geldmenge zu finanzieren.¹⁰

Mitte Dezember 1918 beschloß die tschechoslowakische Regierung auf Antrag von Finanzminister Alois Rašín, die neuen 10 000-Kronen-Noten der Österreichisch-Ungarischen Notenbank auf ihrem Gebiet nicht anzuerkennen. Die alte Kronenwährung wurde aber weiterhin beibehalten. Diese Nichtanerkennung neuer ‚inflationärer‘ Banknoten kann als erster konkreter Schritt zu einer Währungsreform betrachtet werden, obwohl man mit der Planung der eigentlichen Reform erst im Januar 1919 begann.¹¹

Da die Hyperinflation der österreichisch-ungarischen Krone keine Anzeichen zur Beruhigung zeigte, hatte für Rašín die Schaffung einer eigenen tschechoslowakischen Währung Priorität.¹² Die Währungsreform wurde auf den Zeitraum vom 3. bis 9. März 1919 angesetzt, wodurch dem Planungsstab eine Frist von drei Monaten verblieb, um sie bis ins letzte Detail vorzubereiten.¹³ Da der Druck eigener Banknoten bei großen US-amerikanischen Firmen mindestens sechs Monate in Anspruch genommen hätte, entschlossen sich Rašín und seine Mitarbeiter dazu, die österreichisch-ungarischen Banknoten auf tschechoslowakischem Hoheitsgebiet markieren zu lassen. Diese Vorgangsweise entspricht dem sogenannten Territorialprinzip.¹⁴ Die Markierung der Banknoten erfolgte durch Klebmarken, die schwieriger zu fälschen waren als Stempelaufdrucke. Eine Ausnahme bildeten die 1000-Kronen-Noten, welche zentral und bereits vor der eigentlichen Klebeaktion mit einem vielfarbigen Stempel markiert wurden. Beklebt wurden alle Banknoten außer den Ein- und Zwei-Kronenscheinen, weil sonst weitere 250 Millionen Klebmarken hätten produziert werden müssen. Außerdem hätte erst ein Schmuggel immenser Mengen dieser unmarkiert gebliebenen Banknoten einen einiger-

¹⁰ RAŠÍN, *Můj finanční plán* (wie Anm. 2), S. 35.

¹¹ LEOPOLD (wie Anm. 2), S. 32.

¹² *Národní Listy*, 1.1. 1919.

¹³ RAŠÍN, *Finanční hospodářská politika* (wie Anm. 2), S. 34.

¹⁴ Beim Territorialprinzip werden alle in einem Staatsgebiet befindlichen Banknoten markiert, wogegen beim Personalprinzip eine definierte Personengruppe zu Umtausch respektive Markierung ihres Geldes zugelassen wird.

maßen profitablen Gewinn gebracht. So blieb die Gefahr eines groß angelegten Schmuggels mit kleinen Banknoten eher unwahrscheinlich.¹⁵

Die Kennzeichnung war aber nicht die einzige Maßnahme der Währungsreform. Zwei weitere Entscheidungen besaßen zentrale Bedeutung:

Erstens wurde eine Stempelgebühr auf die zu beklebenden Banknoten erhoben. Sie betrug ein Prozent des Nominalwertes der entsprechenden Note und wurde direkt am Ort, wo die Banknoten markiert wurden, durch die Behörden eingezogen. Diese Gebühr diente der Finanzierung der Reformmaßnahmen.¹⁶

Zweitens wurde eine Zwangsanleihe angeordnet, welche einen massiven Eingriff in die Geldwertvermögen der Bevölkerung mit sich brachte. Diese Anleihe hatte zwei Ziele: Einerseits wurde die zu markierende Geldmenge eingeschränkt und andererseits – was viel wichtiger war – sollte durch eine Geldmengenreduktion um 50 Prozent die ‚neue‘ tschechoslowakische Währung an Wert gewinnen. Die Hälfte des zur Markierung vorgelegten Geldes wurde von den Behörden eingezogen und der Betrag auf einem Einlageschein vermerkt. Dieser Schein sollte zu einem Prozent verzinst werden, hatte eine Laufzeit von maximal 30 Jahren und konnte jederzeit von der Regierung aufgekauft werden. Bei sozialen Härtefällen sollte eine vorzeitige Rückgabe des Geldes erfolgen. Rašín hatte ursprünglich verlangt, daß 80 Prozent des Geldes zurückbehalten werden sollten, scheiterte jedoch mit diesem Anliegen am Widerstand seines Planungsstabs.¹⁷

Die Zwangsanleihe besaß zwei Funktionen. Einerseits trug sie dazu bei, dem jungen Staat die nötige Liquidität zu verschaffen und seine Ausgaben zu finanzieren. Andererseits diente sie zur Finanzierung der Rückzahlung von Teilen der Vermögenssteuer, die 1919 erhoben wurde, und bewirkte, daß die Zwangsanleihe nicht wie die Kriegsanleihen auf andere Personen übertragbar war und somit einen Handelswert erhielt.¹⁸

Um das Territorialprinzip zu gewährleisten, wurden die Grenzen der Tschechoslowakei geschlossen. Vom 26. Februar – dem Tag, als das Währungsgesetz vom Parlament verabschiedet wurde – bis zum 9. März – dem Ende der Klebeaktion – waren sowohl der Personenverkehr als auch der Warenaustausch unterbrochen. Durch diese Maßnahme sollte ein Kapitalstrom aus den inflationsgeplagten Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns unterbunden werden.¹⁹

Ein weiterer wichtiger Punkt, der das Einströmen spekulativen Kapitals in die Tschechoslowakei verhindern sollte, war die strikte Geheimhaltung der Reformplanung. Selbst die Österreichisch-Ungarische Bank, die als Emissionsbank eigentlich die Entscheidungsgewalt über die betroffenen Banknoten

¹⁵ RAŠÍN, Můj finanční plán (wie Anm. 2), S. 54.

¹⁶ SÚA MF, čj. 3030, kart. 142, S. 7.

¹⁷ RAŠÍN, Můj finanční plán (wie Anm. 2), S. 59.

¹⁸ RAŠÍN, Finanční hospodářská politika (wie Anm. 2), S. 34.

¹⁹ SÚA MF, čj. 3030, kart. 12, S. 12.

besaß, wurde von Rašín überhaupt nicht über sein Vorgehen informiert, sondern erfuhr am 26. Februar 1919 aus den Zeitungen von der Währungsreform, wie aus einem Protesttelegramm des Direktors der Österreichisch-Ungarischen Bank an Rašín hervorgeht.²⁰

Einen Sonderfall bei der Durchführung der Reform stellten die Slowakei und die Karpatoukraine dar, weshalb bereits während der Planung spezielle Vorkehrungen getroffen werden mußten. Während der Herrschaft der Habsburger waren diese Gebiete nicht im gleichen Maß mit Geldinstituten und Verwaltungsorganen ausgestattet worden wie Böhmen und Mähren. Ende 1918 existierten in der Slowakei 193 madjarische und 33 slowakische Geldinstitute.²¹ Auf die madjarischen Geldinstitute glaubte sich das Finanzministerium aber nur begrenzt verlassen zu können, weil die Madjaren durch ihre Abneigung gegenüber dem neuen Staat, in welchem sie nur eine Minderheit darstellten, als nicht kooperativ eingestuft wurden. Außerdem wanderten immer mehr madjarische Beamte nach Ungarn ab. Aus diesem Grund schickte das Finanzministerium 300 tschechische Beamte in die Slowakei.²² Außerdem wurden bereits im Vorfeld 5,5 Millionen Banknoten in Prag mit Marken beklebt, welche während der Währungsreform in die Slowakei transportiert wurden, um den Austausch des Geldes zu beschleunigen.²³

Komplikationen der Währungsreform von 1919

Bereits im Vorfeld der Währungsreform, das heißt vor dem 26. Februar, kam es zu ersten Problemen. Als besonders schwerwiegend wurde angesehen, daß die Geheimhaltung, der während der Planung sehr viel Gewicht beigegeben wurde, nur begrenzt aufrecht erhalten werden konnte. Seit dem 10. Februar tauchten in den Zeitungen vermehrt Andeutungen über bevorstehende Währungsmaßnahmen auf. Den Auftakt machte das deutschsprachige Prager Tagblatt²⁴, das nicht nur über die Verwendung von Klebmarken berichtete, sondern auch die 50-prozentige Zwangsanleihe ankündigte. Als konkretes Datum wurde der 21. Februar genannt. Zwar erwies sich diese letzte Angabe als nicht zutreffend, bedenkt man aber, daß die Planung kurzfristig um eine Woche verlängert werden mußte²⁵, so wird klar, daß recht detaillierte Informationen nach außen gedrungen sein müssen.

Nur einen Tag später zogen die tschechischsprachigen *Národní Listy* – das Hausblatt Rašíns – nach.²⁶ Die Zeitung blieb in ihren Beschreibungen vage

²⁰ SÚA MF, čj. 3650, kart. 142, S. 1.

²¹ Ivan Thurzo: Vývoj peňažnictva na Slovensku od politického prevratu do roku 1928 [Die Entwicklung des Geldwesens in der Slowakei vom politischen Umsturz bis 1928], in: Almanach československého peněžnictví, Praha 1928, S. 277–296, hier S. 278.

²² *Národní Listy*, 16.3.1919.

²³ LEOPOLD (wie Anm. 2), S. 34 f.

²⁴ Prager Tagblatt, 10. 2. 1919, Abend-Ausgabe.

²⁵ LEOPOLD (wie Anm. 2), S. 31.

²⁶ *Národní Listy*, 11. 2. 1919.

und wurde erst vier Tage später konkreter. Am darauffolgenden Tag wurden aber alle Angaben wieder dementiert, was auf den Einfluß Rašins zurückgeführt werden muß.

Obwohl also Angaben über die bevorstehende Währungsreform nach außen gelangt sind, blieb der Schaden gering. In der Bevölkerung waren keine Anzeichen eines veränderten Kaufverhaltens zu erkennen, und auch die Österreichisch-Ungarische Bank begann keinerlei Maßnahmen gegen eine Währungsreform vorzubereiten.²⁷

Probleme tauchten während der Markierungsaktion in der Slowakei und der Karpatoukraine auf. Trotz der bereits genannten Sondermaßnahmen verzögerte sich dort die ganze Klebeaktion. Der Grund lag in dem anhaltenden Mangel an genügend Austauschstellen. Da die Währungsreform in der vorgegebenen Zeit bis zum 9. März nicht abgeschlossen werden konnte, wurde für die Slowakei eine Verlängerung von zehn Tagen verfügt.²⁸ In der Karpatoukraine verzögerte sie sich noch deutlich länger, so daß dort die neue tschechoslowakische Währung erst am 12. Oktober 1920 – also mit weit über einem Jahr Verspätung – definitiv eingeführt werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt wurden die alten österreichisch-ungarischen Kronen jedoch nicht mehr markiert, sondern direkt in die neuen tschechoslowakischen Kronen umgetauscht. Um den Schmuggel von alten Banknoten aus anderen Gebieten des ehemaligen Österreich-Ungarn in Grenzen zu halten, wurden verschiedene Tauschkurse für den Wechsel von Banknoten festgesetzt, wobei die Höhe der Spareinlagen an bestimmten Stichtagen zur Grundlage genommen wurde.²⁹

Ein weiteres Problem stellte die Fälschung von Klebemarken dar. Je länger die Einführung eigener tschechoslowakischer Banknoten auf sich warten ließ, desto besser konnten die Fälscher alte Banknoten mit gefälschten Marken bekleben und in Umlauf bringen. Die neuen tschechoslowakischen Banknoten wurden schließlich planmäßig im November 1919 eingeführt; die beklebten Banknoten blieben aber noch bis zum 31. Dezember 1919 in Umlauf. Besonders problematisch waren die Fälschungen in Gebieten, die von der tschechoslowakischen Administration nicht genügend kontrolliert werden konnten, wie beispielsweise im Teschener Gebiet und in der Karpatoukraine. Einerseits wurden dort größere Mengen von alten Banknoten hereingeschmuggelt, weswegen beispielsweise Schlesien eine Verstärkung des Grenzwachregimentes beantragte.³⁰ Andererseits florierte auch die Tätigkeit von Fälschern im Inland, welche mit den Schmugglern zusammenarbeiteten. Bis 1921 belief sich die Gesamtsumme der beschlagnahmten gefälschten Klebemarken auf 183 Millionen Kronen.³¹

²⁷ SÚA MF, čj. 3650, kart. 142, S. 1.

²⁸ ŠETŘILOVÁ (wie Anm. 4), S. 81.

²⁹ Nářizení č. 468, sb. z. a. nař.

³⁰ SÚA MF, čj. 1921/115519, kart. 536.

³¹ SÚA MF, čj. 1921/60414, kart. 562.

Die weitaus größte Komplikation im Zusammenhang mit der Währungsreform von 1919 bildete aber der Ausbruch von Unruhen in den sudetendeutschen Gebieten. Wie die Madjaren in der Slowakei, so wurden die Deutschen durch die Gründung der Tschechoslowakei zur Minderheit in der neuen Republik. Ihre Versuche, einen höheren Grad an Autonomie zu erlangen, blieben aber erfolglos. Seit Dezember 1918, nachdem ein Anschlußversuch an Deutschösterreich von der tschechoslowakischen Armee unterdrückt worden war, rückte ein politisches Mitspracherecht der deutschen Minderheit in weite Ferne. Auch wirtschaftlich verschärfte sich die Situation vieler Deutschsprachiger. Die Währungsreform sah nämlich eine Bearbeitungsgebühr auf Krieganleihen und Kassenobligationen der Österreichisch-Ungarischen Bank vor. Die Krieganleihen unterlagen zudem einer Vermögenszuwachssteuer.³² Da vor allem Deutsche in Böhmen, die an einen Sieg der Mittelmächte geglaubt hatten, zu den Eigentümern solcher Anleihen und Obligationen gehörten, waren sie die Hauptbetroffenen dieser Regelungen.

Aus dem Gesagten läßt sich erkennen, daß es für die deutsche Minderheit zum Zeitpunkt der Markierungsaktion durchaus Anlaß zu Unmut gab. Der erste Tag der Klebeaktion verlief in den sudetendeutschen Gebieten zwar noch ohne Komplikationen, doch bereits am zweiten kam es dort zu gewalttätigen Demonstrationen. Während diese Demonstrationen aus der Sicht der tschechischsprachigen *Národní Listy*³³ ihren Ursprung in der Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Währungsreform hatten, sprach das deutschsprachige Prager Tagblatt³⁴ von einem sudetendeutschen Aktionstag für mehr Autonomie. Auch wenn dieser Aktionstag unabhängig von der Währungsreform geplant worden war, so muß der Reform doch eine Katalysatorwirkung bei den Ausschreitungen beigemessen werden.

Die Lage in den sudetendeutschen Gebieten eskalierte, als am 4. März Gendarmerie und Armee zur Auflösung der Demonstrationen eingesetzt wurden. In einer Reihe von Orten kam es zu Schußwechseln, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verletzte zu beklagen gab. Durch das harte Vorgehen konnte die Lage in den Sudetengebieten zwar unter Kontrolle gebracht werden, doch das Verhältnis zwischen der deutschen Minderheit und der tschechoslowakischen Regierung war auf Jahre hinaus gestört. In der Slowakei kam es zu keinen Demonstrationen seitens der madjarischen Minderheit, weil die tschechoslowakische Regierung am 5. März 1919 präventiv den Ausnahmezustand ausrief.³⁵

³² Zákon č. 84, sb. z. a. nař.

³³ *Národní Listy*, 5.3.1919.

³⁴ Prager Tagblatt, 5.3.1919, Abend-Ausgabe.

³⁵ Miroslav Buchvaldek, Josef Haubelt, Jan Havránek, Ivan Hlaváček, Jaroslav Kašpar, Robert Kvaček, Eduard Maur, Karel Novotný, Rostislav Nový, Tomáš Pasák, Jiří Sláma, Jiří Svoboda, Ota Urban, Zdeněk Urban: *Dějiny Československa v datech* [Geschichte der Tschechoslowakei in Daten], Praha 1968, S. 297.

Die kommunistische Währungsreform 1953

Die Zeit zwischen 1948 und 1953 stand im Zeichen der Festigung der Macht der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KSČ). Politisch verfolgten die neuen Machthaber eine klare Orientierung hin zur Sowjetunion. Doch auch die Sowjetunion ihrerseits machte verstärkt ihren Einfluß in Ostmitteleuropa geltend. So wurden ab 1949 sowjetische Berater in die Tschechoslowakei entsandt, die in den wichtigen Ministerien (für Landwirtschaft, Verteidigung und später auch Wirtschaft) ihre ‚beratende‘ Funktion ausübten. Ab 1952 wurde die Zahl der sowjetischen Berater auf Verlangen der tschechoslowakischen Regierung massiv aufgestockt. Nur zwei Jahre später begann aber ihre Zahl wieder zu sinken.³⁶

Auch auf der wirtschaftlichen Ebene sollte sich die Tschechoslowakei zur Sowjetunion hin umorientieren. Zwar waren seit 1945 erste Schritte in Richtung einer staatlich gelenkten Wirtschaft vollzogen worden, wie beispielsweise durch die Verstaatlichung verschiedener Wirtschaftssektoren, doch die eigentliche Einführung der Planwirtschaft begann erst 1948, als der erste Fünfjahrplan in Kraft gesetzt wurde. Mit diesem Plan begann sich die Tschechoslowakei vom westlichen Wirtschaftssystem abzuschotten und an die UdSSR zu binden. Die wichtigsten Ziele des Fünfjahrplanes waren der Ausbau der Schwerindustrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft, wobei auf die makroökonomischen Besonderheiten des Landes keine Rücksicht genommen wurde. Prosperierende Wirtschaftssektoren wurden benachteiligt und die Schwerindustrie aufgebläht, was im Endeffekt das Wirtschaftswachstum schrumpfen ließ.³⁷

Die Zeit des ersten Fünfjahrplans wurde zu einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Krisenzeit. Einerseits konnten die negativen Auswirkungen der Kriegswirtschaft nur ungenügend beseitigt werden. Andererseits folgten der grundlegenden Abkehr von einer in Ansätzen funktionierenden Marktwirtschaft offensichtliche Versorgungsengpässe. Der Plan konnte zu keinem Zeitpunkt erfüllt werden, und das war der KSČ durchaus bewußt.³⁸

Parallel zur Abschaffung der Marktwirtschaft mußten die Folgen der Kriegswirtschaft, welche das deutsche Protektoratsregime während des Zweiten Weltkrieges eingeführt hatte, behoben werden. So bezogen noch 1953 weite Teile der Bevölkerung Lebensmittel- und Kleiderkarten. Durch die Weiterführung zentraler Bestandteile der Kriegswirtschaft auch acht Jahre nach Kriegsende ließ die Motivation der Arbeiterschaft nach, das Plansoll in ihren Fabriken zu erreichen. Die schlechte Kooperation zwischen den Fabriken und der staatlichen Administration trug zur Verschärfung der Versor-

³⁶ KAREL KAPLAN: *Sovětské poradci v Československu 1949–1956* [Sowjetische Berater in der Tschechoslowakei], Praha 1993 (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny, sv. 14), S. 62 f.

³⁷ KAREL KAPLAN: *K výsledkům první pětiletky* [Zu den Ergebnissen des ersten Fünfjahrplanes], in: *Československý časopis historický* 13 (1965), S. 171–175.

³⁸ A ÚV KSČ fond č. 02/1, sv. 34, aj. 318, S. 2–6.

gungsengpässe bei. Zurückgehende Arbeitsmotivation und Versorgungsengpässe beeinflussten sich wechselseitig, und dies äußerte sich in einer Abwärts spirale des wirtschaftlichen Outputs.³⁹

Doch nicht nur die Kriegswirtschaft hatte ihre Spuren im tschechoslowakischen Wirtschaftssystem hinterlassen, sondern auch die Änderungen im Währungssystem. Seit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren im März 1939 galt die Reichsmark neben der tschechoslowakischen Krone als reguläres Zahlungsmittel. Während des Zweiten Weltkriegs erlitt die tschechoslowakische Krone große Verluste gegenüber der Reichsmark, weil sich die Reichsbank immer mehr Gold von den tschechoslowakischen Währungsreserven aneignete, um die Kriegskosten zu finanzieren. In der Slowakei wiederum wurde seit 1939 eine eigene Währung eingeführt, die den ganzen Krieg hindurch als einziges Zahlungsmittel aufrechterhalten wurde.⁴⁰

Nach dem Ende des Krieges mußte die Währung in der wiedererrichteten Tschechoslowakei vereinheitlicht werden. Die fremden Währungen wurden schrittweise aus dem Verkehr gezogen und eine einheitliche tschechoslowakische Krone an Stelle der slowakischen und der Protektoratskrone in Umlauf gebracht. Beim Umtausch der alten in die neuen Kronen durfte ähnlich wie bei der Reform Rašins nur ein fester Betrag gewechselt werden, der Rest mußte auf ein nichtverzinsliches Sperrkonto eingezahlt werden. Zwar konnte durch diese Maßnahme die Finanzstruktur vereinheitlicht werden, doch die Sperrkonten blieben bis 1953 bestehen. Somit herrschte auch nach 1945 keine vollständig intakte Währungssituation.⁴¹

Die anhaltende Wirtschaftskrise bewog die KSČ dazu, ihre Wirtschaftspolitik zu korrigieren. Die Korrektur stand auf zwei Hauptpfeilern: einerseits einer Marktreform und andererseits einer Währungsreform, die beide zum gleichen Zeitpunkt – dem 1. Juni 1953 – durchgeführt werden sollten.

Die Marktreform hatte zum Ziel, das Rationierungskartensystem endgültig aufzuheben. Seit November 1952 wurden zwar die Rationierungskarten schrittweise eingezogen und zugleich der Empfängerkreis reduziert, doch sollte die Reform die Rationierung völlig ablösen. Außerdem schlug die Planungskommission vor, den sogenannten „dualen Markt“, der aus einem staatlichen und einem privaten Markt bestand, abzuschaffen und Einheitspreise für alle Produkte festzusetzen. Dieser Vorgang hatte den Zweck, die noch bestehenden kleinen und mittleren Unternehmer ihrer Existenz zu berauben und sie zu zwingen, sich in das staatliche Wirtschaftsplanungssystem einzugliedern.⁴²

Die Währungsreform wiederum zielte unter anderem darauf ab, die bestehende Inflation zu bekämpfen. Durch die Versorgungsengpässe und die Ra-

³⁹ A ÚV KSČ fond č. 02/1, sv. 34, aj. 315, S. 8.

⁴⁰ KAREL PŮLPÁN: *Nástin českých a československých hospodářských dějin do roku 1990* [Abriß der tschechischen und tschechoslowakischen Wirtschaftsgeschichte bis 1990], Praha 1993, S. 213 f.

⁴¹ PŮLPÁN (wie Anm. 40), S. 331.

⁴² A ÚV KSČ fond č. 02/1, sv. 34, aj. 318, S. 2–6.

tionierungskarten verlor das Geld an Tauschwert, so daß die Bevölkerung das Geld sparte, bis es in ‚besseren‘ Zeiten wieder an Wert gewinnen würde. Den Geldmengenüberschuß versuchte nun die Regierung durch eine Währungsreform abzuschöpfen und somit den Geldwert zu ihren Gunsten zu steigern.

Die Reduktion der Geldmenge erfolgte über den Wechselkurs von altem zu neuem Geld, der auf einer vielschichtigen Umrechnungsgrundlage basierte: Pro Person, die in einem verstaatlichten Betrieb arbeitete, konnte Bargeld bis zu 300 Kronen im Verhältnis von 5:1 gewechselt werden, Beträge über 300 Kronen wurden hingegen im Verhältnis 50:1 getauscht. Angesichts der Tatsache, daß für die staatlich festgesetzten Handelspreise eine Preisreduktion von generell 31% vorgesehen war, mußte dies zu realen Vermögensverlusten führen. Personen, welche im Privatsektor arbeiteten und somit gemäß der kommunistischen Terminologie der ‚Bourgeoisie‘ angehörten, mußten ihr ganzes Bargeld ausschließlich im schlechteren Verhältnis wechseln. Für Spareinlagen galt ein vorteilhafterer Kurs. So wurden Guthaben bis 5000 Kronen im Verhältnis 5:1 gewechselt, wogegen höhere Einlagen einem abgestuft schlechteren Kurs unterlagen, der bei Beträgen über 30 000 Kronen schließlich bei 30:1 lag.

Mit Hilfe der Währungs- wie der Marktreform sollte die führende Marktposition der staatlichen Betriebe gefestigt und der Privatsektor finanziell ausgetrocknet werden. So bekamen Privatfirmen für ihr Barvermögen einen weitaus unvorteilhafteren Kurs als die staatlichen, was im Endeffekt für erstere eine reale Vermögenseinbuße bedeutete. Während Staatsbetriebe ihre Vermögen im Verhältnis 1:1 umtauschen durften (im Hinblick auf die Reduktion der staatlichen Preise bedeutete dies einen Vermögenszuwachs), wurde für Vermögen der privaten Unternehmen mit Ausnahme der Einlagen für die Löhne der Arbeiter ein Tauschverhältnis von 50:1 angeordnet.⁴³

Die obligatorischen Guthaben, welche während der Währungsreform von 1945 eingefroren worden waren, verfielen mit dem Beginn der Währungsreform am 1. Juni 1953 ersatzlos. Diesen Schritt begründete die Regierung damit, daß diese Beträge ohnehin nur im Besitz von ‚kapitalistischen Subjekten‘ seien.

Schließlich wurde die neue Krone an den sowjetischen Rubel gebunden, wogegen sich die alte Krone am US-Dollar orientiert hatte. Dieser Wechsel der Leitwährung war ein weiterer Schritt, um die Tschechoslowakei in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu integrieren.⁴⁴

Komplikationen der kommunistischen Währungsreform von 1953

Wie 1919 unterlag auch die kommunistische Währungsreform der Geheimhaltung, um ein möglichst ruhiges Verhalten der Wirtschaftssubjekte sicherzustellen. Dennoch kam es Mitte Mai, also vierzehn Tage vor der Re-

⁴³ A ÚV KSČ fond č. 02/1, sv. 36, aj. 332, S. 4–6.

⁴⁴ A ÚV KSČ fond č. 02/1, sv. 36, aj. 322, S. 5.

form, zu einer Kaufpanik unter der Bevölkerung. Ausgelöst wurde diese, weil der Zahltag auf die unübliche Zeit vom 15. bis 20. Mai 1953 vorverlegt worden war. Der tschechoslowakische Geheimdienst (STB) notierte in dieser Zeit Gerüchte, welche von einer bevorstehenden Währungsreform mit Wechselkursen von 10:1 bis 1000:1 sprachen.⁴⁵ Große Teile der Bevölkerung versuchten, ihr Barvermögen in Realgüter umzuwandeln. Besonders Produkte wie Kleider, Möbel und Elektrogeräte wurden gekauft, aber auch Alkohol und lagerfähige Lebensmittel erfreuten sich großer Beliebtheit. Am ersten Tag der Kaufpanik stieg der Umsatz gesamtstaatlich auf das Doppelte eines gewöhnlichen Tages.⁴⁶

Die massive Nachfrage hatte zur Folge, daß nicht nur die Bevölkerung, sondern auch viele Händler ihr wirtschaftliches Verhalten änderten. Zahlreiche Geschäfte lagerten eigenmächtig stark nachgefragte Produkte ein und boten vermehrt Ladenhüter zum Verkauf an. Dies und die größere Nachfrage nach Lebensmitteln verschärften die Versorgungssituation. Die Mengen an Gütern, die von den Händlern eingelagert wurden, waren beträchtlich. Sie reichten zum Beispiel von 300 000 Stück Zigaretten über Lederwaren im Wert von 100 000 Kronen bis zu 42 Kisten Seife.⁴⁷

Da der Geheimdienst Ermittlungen über illegale Hortungen auch nach dem Abschluß der Währungsreform anstellte, mußten die gehorteten Waren versteckt bleiben. So wollten die Händler verhindern, daß sie durch plötzliche Änderungen in ihrem Warenbestand auf sich aufmerksam machten. Weil dadurch diese Reserven nur langsam zurückflossen, hielten in einzelnen Bezirken die Versorgungsengpässe auch nach der Reform noch an. Doch auch die weiterhin schlecht funktionierende Arbeit der Verteilerzentralen war für den anhaltenden Versorgungsnotstand verantwortlich.⁴⁸

Nicht zuletzt die Kaufpanik zwei Wochen vor der eigentlichen Währungsreform mußte erkennen lassen, daß die Bevölkerung solch einschneidende Maßnahmen, wie sie vorgesehen waren, nicht einfach akzeptieren würde. Deswegen ließ die Regierung für den Zeitpunkt der Währungsreform die Volksmiliz in Alarmbereitschaft versetzen. Zwar blieb das Wochenende zwischen der Bekanntmachung und dem ersten Wechseltag, abgesehen von der erhöhten Kauf tätigkeit, ruhig, doch dies begann sich mit dem ersten Wechseltag zu ändern.⁴⁹

Am 1. Juni 1953 kam es in verschiedenen Fabriken der Tschechoslowakei zu Streiks und Arbeitsniederlegungen. Betroffen waren vor allem Betriebe der Kohle- und Schwerindustrie in den großen Städten. So streikten beispielsweise zehn Prozent der Belegschaft der ČKD Stalingrad in Prag und etwa

⁴⁵ A ÚV KSČ. A. Novotný. Měnová Reforma, Podklady a kopie dokumentů pro. A. Novotného, nezpracovaný fond.

⁴⁶ JIRÁSEK, ČŮLA (wie Anm. 6), S. 50–53.

⁴⁷ A ÚV KSČ fond č. 20/5, sv. 61, aj. 164, S. 17–23.

⁴⁸ A ÚV KSČ, A. Novotný. Měnová Reforma (wie Anm. 45).

⁴⁹ Ebenda.

fünf Prozent der Arbeiter in den Škoda-Werken (den damaligen Lenin-Werken) in Pilsen. Ausgelöst hatte die Streikwelle der Umstand, daß die Arbeiter entgegen den Versprechungen vom 29. Mai 1953 den Lohn für die zweite Maihälfte im Verhältnis 50:1 anstatt 1:1 ausgezahlt erhielten. Doch auch generell fühlten sich große Teile der Bevölkerung ungerecht behandelt.⁵⁰

Die Streikwelle begann sich auszubreiten, und am 4. Juni traten bereits in elf Städten Fabrikarbeiter in den Ausstand. Vielerorts dauerten die Streiks nicht länger als einen Tag, teilweise wurde die Arbeit auch nur für wenige Stunden niedergelegt. In den größeren Städten gingen die Arbeiter aber auf die Straße und versuchten, durch Demonstrationzüge Arbeiter aus anderen Fabriken zu überzeugen, sich ihnen anzuschließen.⁵¹

Die Lenin-Werke in Pilsen stellten in vielerlei Hinsicht einen Sonderfall unter den Unruheherden dar, da sich aus dieser Streikbewegung ein antikommunistischer Aufstand entwickelte. Wie erwähnt, begann am 1. Juni ein Streik in der Fabrik, in dessen Folge die Arbeiter demonstrierend durch Pilsen zogen. Auf dem Rathausplatz schwoll die Menge auf 1000 Personen an. Zur Beruhigung der Lage schickte die Kreisverwaltung 300 Agitatoren los, die jedoch kläglich scheiterten, während die Zahl der Demonstrierenden auf mehrere Tausend anwuchs. Die Kreisverwaltung versuchte nun, Kommunisten aus den umliegenden Fabriken zu mobilisieren, doch die Direktoren weigerten sich, diesem Befehl nachzukommen, weil sie den Verlust der Kontrolle über ihre Fabriken befürchteten.⁵²

Die Lage auf dem Rathausplatz eskalierte; die Demonstranten begannen sich mit den aufgebotenen kommunistischen Agitatoren zu prügeln. Außerdem gelang es ihnen, begünstigt durch die Passivität des Kadern der Kreisverwaltung⁵³, in das Gebäude einzudringen und dort alle Insignien kommunistischer Macht wie Büsten, Bilder oder die sowjetische Flagge zu zerstören, an deren Stelle sie ein großes Porträt des ehemaligen Präsidenten Beneš aufhängten. Zudem bemächtigten sie sich des im Rathaus stationierten städtischen Rundfunks und sendeten von dort antikommunistische Parolen. Zwar löste sich der Demonstrationzug in den Mittagsstunden teilweise auf, doch am Nachmittag versammelten sich gemäß kommunistischen Schätzungen erneut an die 12 000 Personen.⁵⁴

⁵⁰ A ÚV KSČ, A. Novotný. Měnová Reforma, Podklady a kopie dokumentů pro. A. Novotného, nezpracovaný fond. Přehled o sroceních v jednotlivých závodech.

⁵¹ A ÚV KSČ, A. Novotný. Měnová Reforma (wie Anm. 45)

⁵² A ÚV KSČ, fond 02/3, sv. 43, aj. 231, S. 47.

⁵³ In der nachfolgenden Untersuchung zu den Ereignissen von Pilsen verteidigte der Vorsitzende der Kreisverwaltung seine Passivität. In den Dokumenten des Zentralkomitees findet sich folgende Stelle: „Daß wir [das Zentralkomitee] immer davon redeten, wie die Kapitalisten auf Arbeiter schießen, so konnte er [der Vorsitzende des Kreis Ausschusses] etwas Ähnliches nicht zulassen!“ A ÚV KSČ, fond 02/3, sv. 43, aj. 231, S. 5.

⁵⁴ A ÚV KSČ, fond 02/3, sv. 43, aj. 231, S. 5.

Da die Kreisverwaltung der Lage nicht Herr wurde, entsandte das Zentralkomitee Volksmiliz- und Armee-Einheiten aus Prag nach Pilsen, wo diese am Abend eintrafen. Die Demonstranten auf dem Rathausplatz erfuhren aber von der bevorstehenden Ankunft der bewaffneten Einheiten und zerstreuten sich im Laufe des Abends. In den späten Abendstunden vertrieben schließlich Volksmiliz-Einheiten die letzten Demonstranten. Der Aufstand endete zwar am gleichen Tag, an welchem er angefangen hatte, trotzdem rief das Zentralkomitee den Ausnahmezustand aus, der bis zum 17. Juni beibehalten und danach noch verschärft⁵⁵ wurde⁵⁶. Der Streik in Pilsen dauerte somit nicht so lange wie in anderen Städten, war aber dafür um so heftiger.

Betrachtet man die Akzeptanz der Währungsreform bei Einzelpersonen, so war diese ebenfalls gering. Die Stimmung am ersten Tag in den Warteschlangen vor den Wechselstuben beschreibt das Innenministerium in seinem Bericht als schlecht. In den nächsten Tagen verbesserte sich gemäß Berichten der Staatssicherheit die Stimmung ein wenig, was den Angehörigen der Polizei und der Volksmiliz zu verdanken sei, die den Wartenden helfend zur Seite stünden.⁵⁷ Es ist aber eher anzunehmen, daß sich die Wartenden in Gegenwart der Sicherheitskräfte mit ihrem Unmut zurückhielten, als daß sich die Lage maßgeblich gebessert hätte.

Einzelpersonen versuchten unterdessen durch Betrügereien ihr Vermögen zu einem besseren Kurs zu wechseln. So wurden beispielsweise Drittpersonen angestellt, welche gegen Entgelt einen Teil des Vermögens einer wohlhabenden Person wechseln gingen. Diese Praxis wurde auch von hohen kommunistischen Funktionären angewendet, die teilweise immense Beträge wechselten.⁵⁸ Wie gering die Akzeptanz der Reform selbst bei einem Teil der Parteifunktionäre war, zeigt sich auch an dem Umstand, daß einige von ihnen Direktiven des Zentralkomitees bezüglich der Währungsreform in ihren Bezirken nur widerwillig und ineffizient ausführten. Es gibt sogar Hinweise auf Fälle, wo sich die Kaderpersonen offen gegen die Währungsreform gestellt haben. Vielfach handelte es sich dabei um Personen, welche größere Geldmengen besaßen und deswegen durch die Reform unmittelbar geschädigt wurden.⁵⁹

⁵⁵ Daß der Ausnahmezustand nach dem 17. Juni 1953 verschärft wurde, hat ohne Zweifel mit dem Ausbruch der Unruhen in der DDR zu tun. Daraus kann nicht nur geschlossen werden, daß die Bevölkerung auch in anderen sozialistischen Staaten unzufrieden war, sondern auch, wie sensibel die tschechoslowakische Regierung auf die Krise im benachbarten Bruderstaat reagierte. Es läßt sich auch erkennen, daß die Regierung die Kontrolle über den Staat noch nicht als hinreichend gefestigt ansah.

⁵⁶ A ÚV KSC, fond 02/8, sv. 38, aj. 223, S. 34.

⁵⁷ MVN, kart. 258.

⁵⁸ A ÚV KSC, fond 05/1, sv. 379, aj. 2302, S. 1 f.

⁵⁹ A ÚV KSC, A. Novotný. Měnová Reforma (wie Anm. 45).

Die Währungsreform von 1993

Im Juni 1992 beschlossen der tschechische Premierminister Václav Klaus und sein slowakischer Amtskollege Vladimír Mečiar, den gemeinsamen Staat zum 1. Januar 1993 zu teilen. Zur gleichen Zeit begannen Verhandlungen zwischen den zwei Föderationsteilen über die Modalitäten der Trennung, die sich bis in den Dezember 1992 hinzogen.⁶⁰

Mit der Teilung der Tschechoslowakei befand sich das Land in einer ähnlichen Situation wie 1918, als sich die Tschechoslowakei von Österreich-Ungarn löste. 1992 bestand der große Unterschied jedoch darin, daß die beiden Teilrepubliken die Trennung in bilateralen Verhandlungen festlegten. Neben den Trennungsmodalitäten im Hinblick auf gemeinsame bewegliche und unbewegliche Güter⁶¹ war vor allem die Errichtung einer Währungs- und Zollunion besonders für die Slowakei von größter Bedeutung. Diese Union sollte sicherstellen, daß der Gütertausch zwischen den beiden wirtschaftlich stark vernetzten Teilrepubliken ohne größere zusätzliche Kosten gewährleistet blieb. Außerdem wurde die wirtschaftlich schwächere Volkswirtschaft – in diesem Fall die der Slowakei – durch den gemeinsamen Währungskurs geldpolitisch gestützt. Doch die Währungsunion mußte auch Nachteile mit sich bringen. Beispielsweise wurden die Entscheidungsprozesse erschwert und verlangsamt. Außerdem mußten die beiden Unionsmitglieder auch einen teilweisen Verlust der geldpolitischen Souveränität in Form von Einschränkungen der Fiskalpolitik in Kauf nehmen.⁶²

Aus diesen Gründen wurde die Währungsunion von vornherein zeitlich begrenzt und sollte in einer ersten Phase lediglich ein halbes Jahr lang dauern. Nach dem 30. Juni 1993 sollten beide Staaten eine eigene Währung in Umlauf bringen, wobei die Währungen weiterhin einem fixen internen Wechselkurs von 1:1 unterliegen sollten. In einem letzten Schritt, für den kein Datum festgesetzt wurde, sollte dann der fixe Wechselkurs gelöst werden.⁶³

Der offizielle Fahrplan war somit festgelegt. In der Tschechischen Republik begann die Planung der Währungsreform sehr früh. Während der Währungsunionsvertrag am 10. Oktober 1992 abgeschlossen wurde, waren die Reformszenarien bereits seit Sommer 1992 in Arbeit; so gab man den Druck von Klebmarken bereits am 30. Juli in Auftrag. Die Marken trafen im September 1992, also noch vor dem Abschluß des Währungsunionsvertrages, in Prag ein.

⁶⁰ KAREL VODIČKA: Koalitionsabsprache: Wir teilen den Staat! Wahlergebnisse und deren Folgen für die tschechoslowakische Staatlichkeit, in: Abschied von der Tschechoslowakei, hrsg. von RÜDIGER KIPKE, KAREL VODIČKA, Köln 1993, S. 77–107, hier S. 87 f.

⁶¹ Bewegliche Güter, wie z.B. Eisenbahnwagen, wurden gemäß der Bevölkerungszahl (10 Mill. Tschechen und 5 Mill. Slowaken) im Verhältnis 2:1 geteilt. Unbewegliche Güter, wie z.B. Gebäude, unterlagen dem Territorialprinzip und gehörten demzufolge dem Staat, auf dessen Gebiet sie sich befanden.

⁶² KATEŘINA ŠMIDKOVÁ: The Czech-Slovak currency union, in: Prague Economic Papers 3, Prague 1994, S. 231–245, hier S. 232.

⁶³ Neue Zürcher Zeitung, 27.10.1992.

Die Planung der Währungsreform, die vorzeitig auf Ende Januar terminiert wurde, hielt die tschechische Seite strikt geheim. Während der Währungsunionsvertrag bilateral mit den Slowaken ausgehandelt wurde, hielt die tschechische Seite ihren Reformfahrplan vor den Medien wie auch gegenüber den Slowaken unter Verschuß. Erst nach dem Ende der Planungsphase Mitte Januar 1993 wurden die slowakischen Instanzen über das tschechische Vorgehen informiert. Während der folgenden Verhandlungen erreichte die slowakische Seite, daß die Währungsreform um eine Woche auf den 4. bis 9. Februar 1993 verschoben wurde, damit sie mit ihren eigenen Vorbereitungen zum Abschluß kommen konnte.⁶⁴

Wie erwähnt, wurden die Banknoten – wie 1919 – mit Marken beklebt. Die Währungsreserven der tschechischen Banken und Sparkassen wurden bereits im Januar mit Klebmarken versehen, wogegen der Austausch der Vermögen für Personen mit permanentem Wohnsitz in der Tschechischen Republik auf die erste Februarwoche festgesetzt wurde. Unternehmen mit Hauptsitz in der Tschechischen Republik wiederum konnten ihre Barvermögen vom 7. bis 9. Februar eintauschen. Die Eingrenzung des Personenkreises entsprach dem Personalprinzip, das eine Grenzschießung während der Austauschphase nicht so dringlich machte. Dennoch wurde die Grenze zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakei stärker überwacht, um größere Schmuggelaktionen zu unterbinden.⁶⁵

Pro Person war eine maximale Tauschmenge von 4000 Kronen festgesetzt. Wollte jemand eine höhere Summe eintauschen, so mußte er den überschüssigen Betrag auf sein Bankkonto einzahlen. Nach dem 8. Februar, dem Ende der Umtauschphase, konnte er den Betrag ohne Verluste und gekennzeichnet wieder von seinem Konto abheben. Privatkonten wurden nicht in Sperrkonten umgewandelt.⁶⁶

Gleichzeitig mit dem Währungsunionsvertrag wurde ein fixer Wechselkurs von 1:1 zwischen tschechischer und slowakischer Krone vereinbart. Durch diese Kursbindung wollte man einen Einbruch des Handelsvolumens zwischen den beiden Staaten verhindern und ihre politische Stabilität garantieren.⁶⁷

Komplikationen der Währungsreform von 1993

Wie bei den vorangegangenen beiden Währungsreformen klappte auch 1993 die Geheimhaltung der Planung nicht wie angestrebt. Erste Berichte über eine bevorstehende Trennung der Währungen erschienen in den ersten Januarwochen. So berichtete am 7. Januar 1993 beispielsweise die *Mladá Fronta Dnes*, daß die Banken mit der Kennzeichnung der Geldreserven be-

⁶⁴ PROKOP (wie Anm. 8), S. 179 f.

⁶⁵ PEHE (wie Anm. 9), S. 28.

⁶⁶ Lidové Noviny, 5.2.1993.

⁶⁷ PEHE (wie Anm. 9), S. 28.

gonnen hätten.⁶⁸ *Rudé Právo* zog einen Tag später nach und verkündete das baldige Ende der Währungsunion.⁶⁹ Fast synchron mit dem Ende der Planungsvorbereitungen und dem Beginn der Zusammenarbeit mit der slowakischen Seite verdichteten sich die Informationen in der Presse. Es fällt jedoch auf, daß sich zu diesem Zeitpunkt vor allem slowakische Entscheidungsträger in der Presse zu Wort meldeten. So wies zum Beispiel der slowakische Premierminister Mečiar in einem Interview schon früh auf eine vorzeitige Währungstrennung zu Beginn des Februar hin, dementierte aber bereits am nächsten Tag seine Aussagen.⁷⁰ Der Vizegouverneur der slowakischen Notenbank, Tkáč, äußerte sich zu einer vorzeitigen Währungstrennung in der Presse folgendermaßen: „Laut Vizegouverneur Tkáč begann die Slowakische Republik die Banknoten deswegen abzustempeln, weil die Tschechische Republik bereits seit zwei Wochen ohne ein vorangegangenes Abkommen abstempelt.“⁷¹

Dieser offensichtliche Bruch der Geheimhaltung durch slowakische Akteure legt den Schluß nahe, daß es sich dabei um eine Art Vergeltung für das einseitige Vorgehen der tschechischen Seite bei der Währungstrennung handelte, in welches die slowakische Seite erst in der Schlußphase mit einbezogen wurde. Daß die Geheimhaltung gebrochen wurde, muß aber letztlich in Relation zu den Folgen gesehen werden: Diese Komplikation hatte keinen Einfluß auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte, wie dies beispielsweise 1953 der Fall war.

Eine Komplikation mit weitreichenderen Folgen stellte die Aufhebung des fixen Wechselkurses dar. Es muß aber vorangestellt werden, daß diese ‚Komplikation‘ von der tschechischen Seite bewußt herbeigeführt wurde und vor allem für die slowakische Seite negative Auswirkungen hatte.

Am 4. Februar 1993 unterzeichneten die Vertreter der Tschechischen und der Slowakischen Republik ein Zahlungsabkommen, in welchem ein fixer Wechselkurs von 1:1 für den staatlichen Handel festgesetzt wurde. Sollte eine Währung abgewertet werden, so hatte dies gemäß dem Abkommen keinen Einfluß auf den Wechselkurs.⁷² Auf dem Geldmarkt hatte dieser fixe Wechselkurs nur kurzzeitig Bestand. Schon drei Tage nach dem Abkommen trat das ein, was Experten bereits im Vorfeld vorausgesagt hatten: Die einzelnen tschechischen Geschäftsbanken setzten für die slowakische Krone einen eigenen Wechselkurs fest. Am 13. Februar boten die einzelnen Banken für 100 tschechische Kronen nur noch zwischen 83 und 93 slowakische Kronen an.⁷³

Der neue Wechselkurs der tschechischen Geschäftsbanken löste einen Abwertungsdruck auf das Zahlungsabkommen, das den Handel zwischen den beiden Republiken erleichterte, aus. Die slowakische Regierung sah sich aber

⁶⁸ Mladá Fronta Dnes, 7.1.1993.

⁶⁹ Rudé Právo, 8.1.1993.

⁷⁰ Rudé Právo, 16.1.1993 und Lidové Noviny, 17.1.1993.

⁷¹ Lidové Noviny, 21.1.1993

⁷² Lidové Noviny, 5.2.1993.

⁷³ Lidové Noviny, 13.2.1993.

nicht zu einem solchen Schritt veranlaßt, weil der fixe Wechselkurs auf Kosten fallender Währungsreserven wirtschaftliche Stärke und politisches Prestige demonstrierte. Die Abwertungsvorschläge der slowakischen Nationalbank, welche kurzfristig die tschechischen Importe verteuert und die slowakischen Exporte verbilligt hätten, lehnte die slowakische Regierung zunächst kategorisch ab.⁷⁴ Schließlich aber gab sie, nachdem auch nur der Hauch irgendwelcher Stützungsversuche durch die tschechische Seite ausgeblieben war, am 9. Juli 1993 dem äußeren und inneren Druck doch nach und wertete die slowakische Krone um zehn Prozent ab. Durch diese Abwertung konnten zwar der Export angekurbelt und die Devisenreserven geschont werden; die Inflation aber erhöhte sich dadurch auf fünf bis sechs Prozent.⁷⁵

Die drei Währungsreformen im Vergleich

Obwohl die drei Währungsreformen auf den ersten Blick recht unterschiedlich erscheinen, lassen sich sowohl in der Struktur wie auch bei den Komplikationen Ähnlichkeiten aufzeigen und Unterschiede erklären.

Betrachtet man die Vorbedingungen der Währungsreformen, so entsprangen die Reformen von 1919 und 1993 einer Staatentrennung. Unterschiede zeigen sich hingegen beim Umgang zwischen den Staaten. Während 1919 Rašín die Währungsreform ohne jegliche Kooperation mit österreichisch-ungarischen Stellen durchführte, bauten die Verantwortlichen von 1993 zumindest gegen Ende der Vorbereitungen auf eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen in der Slowakei. Durch Verhandlungen und den Abschluß eines Währungsreformvertrages konnten die Kosten für Vorkehrungen im Falle einer Nichtkooperation der Slowakei minimiert werden.

Die größte Ähnlichkeit besteht beim Problem der Geheimhaltung der bevorstehenden Reformen, um massive Veränderungen des Kapitalflusses im Vorfeld der Reform zu vermeiden. Diese Geheimhaltung mißlang in allen drei Fällen. Unterschiede gibt es allerdings beim Umgang mit den Informationslecks. Während 1953 die bevorstehende Währungsreform mit einem massiven Einsatz an Propagandamitteln bis zum letzten Augenblick dementiert worden ist, wurden 1993 Meldungen in der Presse nicht wesentlich kommentiert. 1919 wurde zwar auch dementiert, aber nur dort, wo Rašín einen direkten Zugang zur Presse hatte, wie bei den *Národní Listy*, deren Chefredakteur er lange gewesen war. Hier fällt jedoch stärker ins Gewicht, daß die Österreichisch-Ungarische Bank die Situation unterschätzte.

Versucht man zu erklären, weswegen bei der Reform von 1919 mehr Komplikationen aufgetreten sind als 1993, so kann dies zu einem großen Teil durch die unterschiedlich ausgebaute Infrastruktur erklärt werden. 1993 standen zum Beispiel erheblich mehr und besser vernetzte Kommunikationsmittel zur Verfügung und auch der Beamtenapparat war größer. Besonders konnte

⁷⁴ PEHE (wie Anm. 9), S. 30.

⁷⁵ Neue Zürcher Zeitung, 12.7.1993.

die Slowakei, die 1919 infrastrukturell unterdurchschnittlich ausgestattet war, während der folgenden 74 Jahre den Unterschied gegenüber der Tschechischen Republik abbauen. Bei der infrastrukturell bedingten Verzögerung handelt es sich also eindeutig um zeitgebundene Komplikationen, die teilweise Spill-Over-Effekte auf prozeßbedingte Komplikationen, wie beispielsweise die Fälschungen von Klebmarken, auslösten.

Die mit Abstand größten Komplikationen bildeten die Unruhen, welche 1919 und 1953 aufgetreten sind. Der Grund für diese Unruhen liegt in erster Linie darin, daß die Bevölkerung durch die Währungsreform mit realen mittelfristigen Vermögensverlusten konfrontiert wurde. Während 1919 fünfzig Prozent des Geldes in Form der Zwangsanleihe eingefroren wurden, entstanden 1953 die Verluste über die Wechselkurse. Trotz ähnlicher Größenordnungen der finanziellen Verluste der Bevölkerung waren 1953 die Unruhen weit umfangreicher als 1919. Diese Varianz kann durch das unterschiedliche Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung erklärt werden:

- 1919 unterstützte die tschechische wie die slowakische Bevölkerung ihre Regierung, welche nur ein halbes Jahr zuvor eine unabhängige Tschechoslowakei erkämpft hatte, praktisch bedingungslos. Somit herrschte auch eine große Akzeptanz gegenüber der Zwangsanleihe, welche als Beitrag für die Festigung des jungen Staates dargestellt wurde. Unruhen brachen hingegen bei der deutschen Minderheit aus, die durch die neue Staatlichkeit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, in der sie eine staatstragende Rolle gespielt hatte, beraubt worden war. Um so weniger war sie gewillt, einen Teil ihres Geldes für den Aufbau der Tschechoslowakei abzutreten. Daß es bei den Madjaren in der Slowakei zu keinen Unruhen kam, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß hier auf Grund der Vorgänge in den Sudetengebieten präventiv der Ausnahmezustand verhängt wurde.
- 1953 war das Vertrauen weiter Teile der Bevölkerung in die Regierung nicht sehr groß. Die Kommunisten, die fünf Jahre zuvor die Macht an sich gerissen hatten, schafften es nicht, die anhaltende Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Teile der Bevölkerung, die einen Aufschwung erwartet hatten, sahen sich getäuscht. Diese Enttäuschung zeigt sich unter anderem an der Arbeitsmotivation. Die Arbeitsmoral in dieser Zeit war so schlecht, daß die Regierung seit 1952 Maßnahmen gegen das Fehlen während der Arbeitszeit erwo. Das neue Arbeitsgesetz, welches die Absenzen einschränken sollte, wurde 1953 jedoch nicht eingeführt, um das durch die Währungsreform ohnehin gereizte Klima nicht noch weiter anzuheizen.⁷⁶

⁷⁶ DALIBOR STÁTNIK: Sankční pracovní právo v padesátých letech [Sanktionen im Arbeitsrecht in den fünfziger Jahren], Praha 1994 (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny, Bd. 17), S. 8–13.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung spielt außerdem bei ihrem Kaufverhalten vor der Währungsreform eine Rolle. Sobald nämlich 1953 erste Meldungen über eine Reform in Umlauf kamen, reagierten die Wirtschaftssubjekte darauf und änderten ihr Kaufverhalten, obwohl die KSČ sie zu beruhigen versuchte. Eine solche Reaktion auf die Regierungspläne zeigte sich 1919 nur selten und 1993 überhaupt nicht, obwohl die Bevölkerung 1919 ebenfalls eine wirtschaftlich schwierige Zeit durchlebt hatte.

Wie erfolgreich die Durchführung der Währungsreformen war, hing indessen nicht von den ökonomischen Vorbedingungen ab, sondern in erster Linie von den politischen. Alle drei Reformen lagen in ökonomischen Krisenzeiten. 1919 mußte mit den Folgen des ersten Weltkrieges gekämpft werden, 1953 wurde die Fehlplanung des ersten Fünfjahrplanes eklatant erkennbar, und 1993 schließlich begann sich die tschechische Wirtschaft vom Wachstumsrückgang der ersten Transformationsphase zu erholen.

Versucht man die Währungsreformen anhand ihrer Komplikationen und letztendlich ihrer Ziele in einem Erfolgsschema zu kategorisieren, so schneidet die Reform von 1953 deutlich am schlechtesten ab. Zwar wurden die Ziele der Reformen wie die Abschottung vom westlichen Wirtschaftssystem und die Reduktion des Geldmengenüberhangs erreicht, doch die Kosten, die durch die Komplikationen entstanden sind, relativieren das Ergebnis erheblich. Auf der politischen Ebene sank der Rückhalt der kommunistischen Regierung nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch in den eigenen Reihen, als sich teilweise sogar kommunistische Kader öffentlich gegen die Währungsreform stellten. Aber auch in der Zeit danach kam es vermehrt zu Austritten aus der KSČ und den Gewerkschaften.⁷⁷ Aus ökonomischer Perspektive wurden weder die Ziele erfüllt noch die Kosten, die aus den Komplikationen entstanden sind, gering gehalten. Die Regierung konnte aus der Geldmengen- und Reallohnreduktion keine entscheidenden Wachstumsimpulse für die tschechoslowakische Wirtschaft gewinnen, und auch der angeschlagene Fünfjahrplan konnte durch die Währungsreform nicht mehr korrigiert werden.⁷⁸ Die Kaufhysterie und die Hortung von Waren schädigten den Wirtschaftskreislauf nachhaltig.

Die Währungsreform von 1919 war wesentlich erfolgreicher. Die Beziehung der Regierung zur deutschen und zur madjarischen Minderheit wurde zwar auf längere Zeit gestört, aber diese Schädigung ist nicht nur der Währungsreform zuzuschreiben, sondern vor allem der allgemeinen Politik, die in den ersten Jahren der Tschechoslowakei verfolgt wurde. Bei Tschechen und Slowaken hingegen entstand kein signifikanter Vertrauensverlust durch die Reform. Auf der wirtschaftlichen Ebene wiederum kam es zu Einbußen durch Schmuggel und die Fälschung von Banknoten, doch im Vergleich mit den

⁷⁷ A ÚV KSČ, fond 02/3, sv. 43, aj. 231.

⁷⁸ KAPLAN (wie Anm. 37), S. 174.

Verlusten, welche die anderen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns durch Hyperinflation erfuhren, waren diese gering.

Am erfolgreichsten war schließlich die Währungsreform von 1993. Maßgeblich war ohne Zweifel, daß auf jegliche Art von Vermögenseinbußen für die Bevölkerung verzichtet wurde. Auf der wirtschaftlichen Ebene waren die Komplikationen verglichen mit den früheren Reformen bei weitem nicht so gravierend und die Kosten somit nicht so hoch.

Die Währungsreformen hatten ohne Zweifel auch längerfristige wirtschaftliche Konsequenzen. So erfuhr die Tschechoslowakei respektive die Tschechische Republik nach 1919 und 1993 einen wirtschaftlichen Aufschwung, der neben den Währungsreformen auch dem Umstand zu verdanken war, daß sie sich beide Male von einem wirtschaftlichen Krisengebiet zu trennen vermochte. Nach 1953 verblieb die Tschechoslowakei hingegen in einer wirtschaftlichen Krise. Es muß an dieser Stelle aber festgehalten werden, daß die Währungsreformen nicht die ausschließliche Weichenstellung für die weitere Entwicklung der Wirtschaft gewährleisten, sondern vielmehr einen von mehreren entscheidenden Faktoren darstellen. Sie können jedoch als Maßstab für die jeweilige Entwicklung genommen werden, die sich in den drei untersuchten Fällen ganz ähnlich wie die Währungsreformen selbst präsentiert.

Versucht man den Einfluß der Währungsreformen auf die Stabilität des politischen und des ökonomischen Systems auf eine generelle Formel zu bringen, können folgende zwei Zusammenhänge postuliert werden: Je weniger sich die Bevölkerung durch eine Regierung repräsentiert sah, desto eher kam es bei der Währungsreform zu Komplikationen, und je instabiler ein ökonomisches System war, desto vehementer äußerten sich im Zuge der Reform Schwierigkeiten. Die Währungsreformen bilden somit gute Indikatoren für die Stabilität des politischen und ökonomischen Systems.

Summary

Currency reforms in Czechoslovakia. An analysis of complications.

The article examines three significant currency reforms in Czechoslovakia respectively the Czech Republic, which took place in 1919, 1953, and 1993. Complications within the process of the reforms are compared, as they are the main factors determining a successful realization of currency reforms both for the government and the population in general. The three reforms stand at the beginning of a separation (from Austria-Hungary and ČSFR) respectively of an economic region (introduction of the Western market economy), which is their mutual basis.

The impact of the troubles occurring during the reforms enables a rating among them. During the reform of the communist era in 1953 complications were greatest. The most striking were raids and strikes in the entire country, most severely in the city of Plzeň (Pilsen). Frictions in the economic cycles had also a considerable impact. The shortage of goods became worse. In 1919 there had also been violent manifestations but they were limited to the regions with a German majority and were suppressed very quickly. Another complication was the forgery and bootlegging of bank notes in the country, which was not definitely controlled until 1921. In contrast to the two previous reforms, hardly any complication occurred in 1993.

Comparing the three currency reforms, we can deduce that although Czechoslovakia respectively the Czech Republic was suffering from an economic crisis at the time of each reform, the range of the complications differed. Therefore, the key to success is to be found in the political factors. The analysis of the process shows that the main political factor is the population's trust in the government. Another factor narrowly connected is the population's loss of assets. However, these losses are more likely to be tolerated if people trust in the government.

The economic situation was responsible for the extent of complications occurring during the reform. The more stable the economy and the more loyal public institutions, the easier a government is able to control complications.

As regards economic success of the measures taken by the government, the currency reforms of 1919 and 1993 partly stimulated economic growth, whereas the 1953 reform accelerated a recession.